

Den Pfadwandel  
einleiten

Von den Dilemmata  
präventiver  
Strukturpolitik

Autor

Stefan Gärtner

**Auf den Punkt**

- Präventive Strukturpolitik leitet einen regionalwirtschaftlichen Pfadwandel ein, ohne dass dazu aktuell die sozioökonomische Notwendigkeit besteht.
- Neben diversen Dilemmata, z.B. dass Ressourcen für eine Region aufgebracht werden müssen, die zurzeit (noch) nicht bedürftig ist, stellt sich das Problem der Prognosefähigkeit.
- Regionen mit hoher Abhängigkeit des wirtschaftsstrukturellen Kerns (z.B. Braunkohle) sind von einem zwangsläufig einsetzenden Strukturwandel betroffen.
- Dies kann Unsicherheiten hinsichtlich einer Notwendigkeit der Umsteuerung reduzieren, nicht aber hinsichtlich der Frage, welche neuen Wirtschaftsstärken zu fokussieren sind.
- Diesbezüglich ist eine Orientierung an den jetzigen regionalen Kompetenzen zu empfehlen (Pfadwandel anstatt Pfadbruch).

Zentrale Einrichtung der  
Westfälischen Hochschule  
Gelsenkirchen Bocholt  
Recklinghausen in  
Kooperation mit der  
Ruhr-Universität Bochum

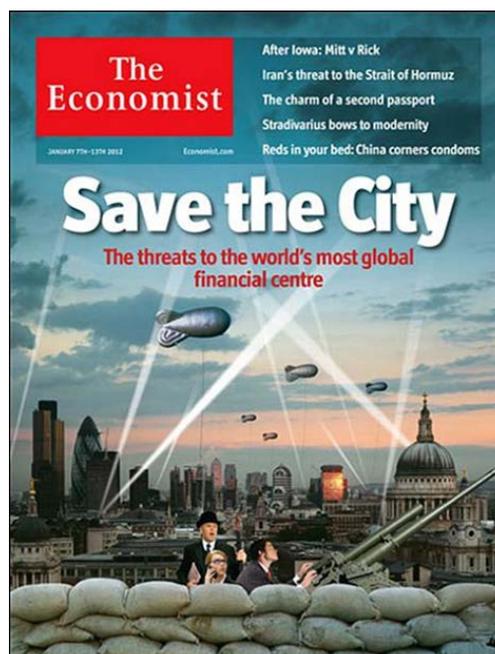
## Präventiver Strukturwandel

Ende November 2013 wurden wir vom Parlamentarischen Beratungs- und Gutachterdienst des Landtags NRW beauftragt, ein Gutachten zum „Präventiven Strukturwandel“ im Rheinischen Revier (siehe folgender Kasten) zu erstellen. Das Rheinische Revier steht seit Jahrzehnten für den Konflikt zwischen Braunkohlebefürwortern und -gegnern. Allerdings ging es in dem Gutachten nicht um diesen Konflikt, sondern um die Frage, wie eine aufgrund des zeitlich begrenzten Braunkohleabbaus eventuell in der Zukunft anstehende regionalökonomische Krise frühzeitig gemeinsam mit den regionalen Akteuren verhindert werden kann. Es ging also nicht um die Frage, ob ein Strukturwandel stattfinden soll, sondern um das *wie*.

Konkret wurden wir aufgefordert mit unserem Gutachten zu beantworten, ob Theorien, Modelle und erfolgreiche Beispiele eines präventiven Strukturwandels existieren und in welcher Weise sich diese auf den kooperativen Ansatz der Region übertragen lassen.

Dass sich eine Region perspektivisch Herausforderungen stellt und sich verändernde Rahmenbedingungen adaptiert, ist neu und ungewöhnlich, wie durch die folgende Abbildung symbolisiert wird. Das Titelbild der Zeitschrift *The Economist* zeigt, wie Politiker und Banker mit allen Mitteln versuchen, den Status quo zu verteidigen und vehement gegen Regulierung und Transaktionssteuern kämpfen, um sich nicht einem Strukturwandel stellen zu müssen.

Abbildung: Bestrebungen in London, den Status quo zu erhalten [Cover der 01/12-Ausgabe der Wirtschaftszeitschrift „The Economist“]



Quelle: <http://www.economist.com/node/21542417>

### Die Innovationsregion Rheinisches Revier

Das Rheinische Braunkohlerevier liegt zwischen Aachen, Köln, Mönchengladbach und Düsseldorf und besitzt eine über 300 Jahre lange Tradition der Braunkohlenutzung. Derzeitig wird Braunkohle noch in den drei Tagebauen Inden, Hambach und Garzweiler (mit der zukünftigen Erweiterung Garzweiler II) abgebaut. Die Innovationsregion Rheinisches Revier (IRR) ist ein Akteurszusammenschluss, der seit 2012 besteht. Die Grenzziehung für diese Region hat sich dabei als herausfordernd gestaltet, da es keine historisch gewachsene Region mit einer eigenen Identität ist (die Bewohner orientieren sich vor allem an den umliegenden Zentren), sondern ein konstruierter Raum, den es mit Leben zu füllen gilt. Im März 2014 wurde die IRR GmbH gegründet, die nun die Städteregion Aachen sowie die Kreise Düren, Euskirchen, Heinsberg, den Rhein-Erft-Kreis und den Rhein-Kreis Neuss umfasst. Zu den Gesellschaftern gehören neben diesen Gebietseinheiten auch die Handwerkskammern Aachen, Düsseldorf und Köln, die Industrie- und Handelskammern Aachen, Köln und Mittlerer Niederrhein und die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie und Energie (vgl. IRR 2014).

In diesem Beitrag geht es darum, auf die grundsätzlichen Herausforderungen und Chancen eines langfristig angelegten präventiven Strukturwandels hinzuweisen. Vorschläge, wie sich die Innovationsregion Rheinisches Revier (IRR) diesbezüglich langfristig aufstellen kann, entnehmen Sie bitte dem Gutachten (<http://www.iat.eu/aktuell/veroeff/2014/gaertner01.pdf>).

### Dilemmata regionaler Strukturpolitik

Es existiert weder eine ausgearbeitete Theorie noch ein Konzept, wie eine präventive Strukturpolitik aussehen sollte. Auch wenn es immer mal Ansätze bzw. Apelle gegeben hat, Strukturpolitik stärker vorausschauend zu gestalten, lassen sich kaum Blaupausen finden. Bilbaos Guggenheim-Effekt, der „blaue Himmel“ über dem Ruhrgebiet oder die Internationale Bauausstellung Fürst-Pückler-Land – um nur einige zu nennen – sind zwar Projekte, die zeigen, wie Strukturwandel erfolgreich unterstützt und politisch flankiert werden kann. Regionale Strukturpolitik ist aber, wie die Beispiele auch zeigen, in der Regel eine revitalisierende und reparierende Politik. So lässt sich, ähnlich wie bei der Umweltpolitik bzw. –wirtschaft, eine nachsorgende oder reparierende von einer vorsorgenden Politik abgrenzen.

Allerdings ist regionale Strukturpolitik, also auch eine nachsorgende oder reparierende Strukturpolitik, in gewisser Weise immer in die Zukunft gerichtet. Selbst in den 1950er Jahren ging es vor dem Hintergrund eines normativen Leitbilds darum, den ländlichen Raum zu fördern und damit die (nach den ökonomischen Modellen ohnehin stattfindende) Entwicklung des ländlichen Raums vorwegzunehmen. Als in den Folgejahren Strukturpolitik der übergeordneten Raumebene durch einen Bottom-Up-Ansatz ergänzt wurde, wurde es immer stärker Ziel einer strategischen regionalen und kommunalen Wirtschaftsförderung, Trends frühzeitig zu erkennen, um regionale Wachstumschancen und deren Zeitfenster zu nutzen. Eine zukunftsfähige bzw. nachhaltige Strukturpolitik hat in diesem Zusammenhang immer Entscheidungen zu treffen und bewegt sich dabei in einem Spannungsverhältnis, was folgend zunächst einmal auf

sechs Dilemmata verdichtet werden soll. Präventive Strukturpolitik muss sich nicht nur in besonderer Weise mit diesen Dilemmata auseinandersetzen, sondern geht noch darüber hinaus, da ein Pfadwandel bewusst und frühzeitig einzuleiten ist und dafür Ressourcen bereitzustellen sind, was mit den Dilemmata 7 und 8 skizziert wird.

### 1. Unsicherheiten versus Prognosefähigkeit

Strukturpolitik, und dies betrifft sowohl die Ebene der Kommunen und Kreise (z.B. als kommunale Wirtschaftsförderung) als auch die übergeordnete Raumebene (z.B. Land, Bund), muss eine Vorstellung von der Zukunft haben, zumindest dann, wenn sie strategische Elemente beinhaltet. Auch wenn eine noch so gute Prognosefähigkeit aufgebaut wird, findet Strukturpolitik vor dem Hintergrund von Unsicherheiten statt und es handelt sich in gewisser Weise um ein Experimentierfeld. Es lassen sich zwar i.d.R. regionale, in die Zukunft weisende Strukturen erkennen, allerdings zeigen sich immer wieder Beispiele für unerwartete endogene Veränderungen und erst recht für exogene Schocks. Daher müssen sich die handelnden Akteure der Begrenztheit vorausschauender Strategien bewusst sein.

### 2. Gutbezahlte Arbeitsplätze (und Gewinne) versus Aufbau neuer Sektoren

Etablierte Branchen erwirtschaften häufig gute Gewinne, weil die Risiken und Unsicherheiten gering sind und sich die Investitionen amortisiert haben. Diese Gewinne werden in unterschiedlichen Quoten auf die Share- und Stakeholder verteilt. Das heißt i.d.R. verdienen nicht nur die Eigentümer gut, sondern auch die öffentliche Hand (z.B. durch Steuereinnahmen), die Region (z.B. durch regionale Sponsoringprojekte) und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (z.B. durch auskömmliche Tarifverträge). Neue Sektoren generieren hingegen häufig geringere Gewinne und starten meistens mit unsicheren Beschäftigungsverhältnissen und mitunter schlecht bezahlten Arbeitsplätzen. Diese Aussicht macht es sowohl für Gewerkschaften als auch für die öffentliche Hand und die Wirtschaft schwer, etablierte Pfade zu verlassen und den Strukturwandel aktiv zu gestalten. Zumal keine Garantie dafür besteht, dass man, im Sinne hoher Renditen, die dann wieder mehr oder weniger paritätisch ausgeschüttet werden können, zu einem späteren Zeitpunkt für einen aktiv eingeleiteten Strukturwandel belohnt wird.

### 3. Projekte vor Ort versus regionale Strategien

Strukturwandelprojekte benötigen häufig einen lokalen Bezug und eine Betroffenheit. Es ist nicht immer sinnvoll, für alle Fragen eine große Region zu sensibilisieren, weil das Engagement der regionalen Akteure i.d.R. nicht hinreichend sein wird, wenn der Bezugsraum nicht erlebt wird. Auf der anderen Seite sind Strukturwandelstrategien nur in größeren räumlichen Bezügen, in denen auch die funktionalen räumlichen Zusammenhänge betrachtet werden können,

zu denken. Dazu reicht es aber nicht, den regionalen Raum größer aufzuspannen, sondern für verschiedene Themen sind unterschiedliche Raumbezüge und damit Akteure zu definieren. Bei der Beachtung sich überlagernder Raumbezüge geht es aber nicht darum, feste Kooperationen mit benachbarten Gemeinden einzugehen bzw. Gebietsreformen durchzuführen, sondern zunächst einmal die möglichen Bezugsräume für verschiedene Themen zu orten. Relevante Bezugsräume bestimmen sich nicht territorial, sondern funktional, sind aber bezüglich der Handlungsoptionen territorial zu verorten. Die Schwierigkeit liegt darin, dass eine Region dabei auch auf die Bereitschaft und Fähigkeit der umliegenden Gebietskulissen, einen solchen Prozess mitzugestalten, angewiesen ist. Dies wird vor allem dann zentral, wenn zivilgesellschaftliche Akteure eingebunden werden sollen, die wieder einen anderen Handlungs- und Bezugsraum haben als ökonomische oder politische Akteure (vgl. Knieling 2011). Dazu bedarf es einer multidimensionalen und multiräumlichen Governance.

#### 4. Wachstum versus Ausgleich

Zahlreiche Untersuchungen kommen zu dem Ergebnis, dass Innovationen in erster Linie in Ballungsräumen, speziell in Regionen, in denen die Ausbreitung von Wissen auf günstige Bedingungen stößt, entstehen (Frey/Zimmermann 2005: 7 ff; Fujita/Krugmann/Veneables 1999). Die Grundidee ist es, die Wachstumspole, insbesondere (Groß-) Städte bzw. Agglomerationen, soweit zu stärken, dass es zu Ausbreitungseffekten kommt, wovon langfristig auch schwache Räume profitieren sollen. Dadurch, dass dabei räumliche Ungleichgewichte zunächst einmal in Kauf genommen werden, entsteht ein Konflikt zwischen Wachstums- und Ausgleichszielen. Die übergeordnete Raumebene (z.B. Landes- oder Bundesebene) muss sich dabei die Frage stellen, inwieweit eine solche Raumentwicklung gewollt, akzeptabel und politisch durchhaltbar ist. Dies gilt in abgeschwächter Form ebenso für die untergeordnete Raumebene (Kommune, Kreis), bei der sich u.a. die Frage stellen kann, bestimmte Entwicklungen auf bestimmte Subregionen zu konzentrieren.

Da die Konzentration von Fördermitteln in Wachstumsregionen (sozial-) politisch nur schwer durchzuhalten ist, besteht die Gefahr, dass eine entsprechende Wachstumspolitik flächendeckend mit der Folge umgesetzt wird, dass auch oder gerade in schwachen Regionen nach wettbewerbsfähigen Potenzialen gesucht wird. Eine andere Strategie wäre es, einerseits konsequent die Potenziale unabhängig von der räumlichen Verteilung zu fokussieren und andererseits spezifische Programme und Instrumente für schwache Räume vorzusehen. Dies kann beispielsweise bedeuten, zwar Projekte dort zu fördern und Impulse aufzugreifen, wo besondere Potenziale oder engagierte Personen und Unternehmen beteiligt sind, gleichzeitig aber auch den Ausbau einer guten angemessenen Infrastruktur zu fördern. Angemessen heißt aber auch Veränderungs- und eventuell auch Schrumpfungsprozesse zuzulassen und darin u.U. Potenziale zu erkennen.

## 5. Top-down versus Bottom-up

Regionalentwicklung und Strukturpolitik haben sich in Bezug auf die Akteursstruktur in zweierlei Hinsicht stärker zu einer Bottom-up-Politik verändert. So sind heute einerseits Kommunen und Kreise – und neuerdings teilweise sogar Quartiere – gefordert, sich mit eigenen Entwicklungsideen und Konzepten einzubringen und Strukturpolitik nicht der übergeordneten Raumebene zu überlassen. Andererseits sind strukturpolitische Akteure heute nicht mehr nur die Politik, die Unternehmen und andere (halb-)staatliche Einrichtungen, sondern die Zivilgesellschaft gehört ebenso dazu. Auch wenn dies ein großes Potenzial sein kann, indem z.B. zivilgesellschaftliche Protestbewegungen auf Missstände hinweisen, für Gefahren sensibilisieren und Politik und Institutionen zum Handeln bewegen und ferner gesellschaftliche Trends aufzeigen können, wird der Prozess komplexer (schon alleine, um die geforderte Transparenz herzustellen) und Entscheidungen – zumindest wenn sie konsensorientiert sein sollen – schwieriger. Ferner ist zu verhindern, dass Beteiligung und Schaffung von Gestaltungsmacht einzig einer redefähigen Elite oder denjenigen, die ihre Partikularinteressen verfolgen, überlassen wird.

## 6. Gewinner und etablierte Verfahren versus Inklusion, Partizipation und Transformation

Strukturpolitik findet nicht im luftleeren Raum statt und ist von einem politischen und gesellschaftlichen Wertewandel abhängig. Querschnittsthemen wie Gender-Mainstreaming, ökologische Transformation, Teilhabe, Chancengleichheit und Inklusion sind auch im Rahmen regionaler Strukturpolitik zu unterstützen. Inwieweit regionale Bildungspolitik und die Verbesserung der Lage sozial benachteiligter Kinder und Jugendlicher, wie es zurzeit häufig diskutiert wird, Teil einer modernen Strukturpolitik sein sollte, kann an dieser Stelle nicht beantwortet werden. Dabei gilt es aber auf der einen Seite zu bedenken, dass Strukturpolitik, die vom Mittelvolumen im Vergleich zu anderen raumwirksamen Politiken ohnehin recht begrenzt ist, damit überfrachtet werden könnte. Auf der anderen Seite kann gerade vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und des damit wahrscheinlich einhergehenden Fachkräftemangels eine solche Politik einen höheren (auch wirtschaftlichen) Effekt erzielen als klassische Strukturpolitik. Wenn Strukturpolitik etwas weiter gefasst wird und auch Regionalentwicklung darunter verstanden werden soll, lässt sich ein solcher Bereich erst recht nicht exkludieren. Dies wird umso virulenter, wenn wir die Terminologie Prävention verwenden. Denn eine allgemeine regionale Fitness, also gut ausgebildete Menschen und gute Infrastrukturen, sorgen dafür, dass eine Region resilienter ist und besser auf Veränderungen reagieren kann.

## Dilemmata einer präventiven Strukturpolitik

Die beschriebenen Dilemmata gelten nicht nur für eine präventive sondern ebenso für eine gute Strukturpolitik oder mit anderen Worten: gute Strukturpolitik ist immer perspektivisch (und manchmal auch präventiv). Allerdings lassen sich zwei zusätzliche Dilemmata benennen, die im Zuge einer präventiven Strukturpolitik wirksam werden:

### 7. Pfadbruch versus Pfadwandel

Regionale Entwicklungen basieren i.d.R. auf historisch entstandenen Entwicklungspfaden. Eine Abkehr von dieser regionalen Pfadabhängigkeit ist im Rahmen einer strukturpolitischen Intervention nur bedingt möglich (z.B. Gerling/Schmidt 2000: 11ff; Krätke/Scheuplein 2001: 198ff; Dybe 2003: 239). Allerdings werden von Zeit zu Zeit – insbesondere wenn es zu radikalen gesellschaftlichen oder technologischen Innovationen kommt – die Karten für regionale Entwicklung neu gemischt.

Auch wenn dies für die eine oder andere Region mit negativen Konsequenzen einhergehen kann, können sich dadurch spezifische Chancen (schöpferische Zerstörung) ergeben. So kann ein regionaler Pfadbruch auch eine Chance sein, z.B. weil dann dort die Standortvoraussetzungen für eine neue Technologie günstiger sein könnten, was mit geringeren Kosten, aber auch mit spezifischen Standortstrukturen (z.B. mit soziokulturellen oder naturräumlichen Vorteilen bzw. der Flächenverfügbarkeit) begründet werden kann. Kunz (1987) führt dies als eine der Begründungen für die prosperierende Entwicklung Süddeutschlands an. Die Überlegung, dass durch sprunghafte Innovationen vorher benachteiligte Räume neue Chancen haben, wurde von Brezis et al. (1993) in einem Zwei-Länder-Modell als „Leapfrogging“ simuliert. Ein solcher „technischer Froschsprung“ (Gerling/Schmidt 2000: 12) ist jedoch eher die Ausnahme, da technischer Fortschritt in der Regel aus bestehenden (räumlichen) Strukturen entsteht.

Ein konsequent präventiver und frühzeitig eingeleiteter Pfadwandel sollte frühzeitig und langsam beginnen, was sich gut am Beispiel der IRR verdeutlichen lässt: Ein frühzeitig eingeleiteter Pfadwandel würde hier bedeuten, den industriellen Kern des Braunkohleabbaus und der Verstromung langsam abzuschmelzen, damit Ressourcen (z.B. Flächen, Personal, Fort- und Weiterbildung sowie Forschung und Entwicklung) für andere Entwicklungen zur Verfügung stehen. So zeigen beispielweise Studien, dass eine dominierende Finanzwirtschaft die Entwicklung einer industriellen Basis nicht nur aufgrund möglicher Krisen stört, sondern auch, weil dadurch zu viele Ressourcen gebunden werden (z.B. Bickenbach et al. 2009). Auch kann der lange Zeitraum, in dem der Braunkohletagebau noch dominieren wird, die Investitionsbereitschaft in andere Sektoren, z.B. Tourismus und Freizeit, erschweren.

Regionale Akteure verhindern oftmals aus verständlichen Gründen (hohe Share- und Stakeholderrenten) eine regionale Neuausrichtung. Der Niedergang einer Region kann durch eine en-

dogene Orientierung und stabile konsensorientierte Beziehungsstrukturen verstärkt werden (vgl. Grabher 1990; Granovetter 1973). So spricht Grabher von „the weakness of strong ties“ (1990: 4ff) und führt folgende Lock-In Effekte als entscheidend für die negative Entwicklung des Ruhrgebiets an: die funktionalen Lock-In Effekte beziehen sich auf eine regionale Wertschöpfungskette, kognitive Lock-In Effekte auf die Beschränkung regionalen Wissens und regionaler Kontakte und politische Lock-In Effekte schlagen sich in einer Konsenskultur nieder und verhindern eine regionale Neuausrichtung und Veränderung. „Konsensbildung kann die notwendigen innovatorischen Prozesse (...) dadurch behindern, dass die (...) Denkmuster und Suchroutinen der Akteure durch `Selbstzensur´ den Innovationsprozess nahe am Status quo halten (...)“ (Grabher 1990: 5). Das soll nicht heißen, dass Regionen wie das Ruhrgebiet oder die IRR die industriell-kulturelle Basis nicht nutzen sollten, im Gegenteil: sie kann einen wesentlichen Beitrag zu einem neuen regionalen Branding liefern, dabei sollte die Betonung aber auf neu(!) liegen. Für die regionalen Akteure bedeutet dies eine Gradwanderung, da einerseits an den regionalen Kompetenzen, Kulturen und Potenzialen anzuknüpfen ist und andererseits trotz funktionierender aktueller Wirtschaftsstärken eine Umsteuerung auch unter Beteiligung der übergeordneten Raumebene (Bundesland) anzustreben ist.

## 8. Bedürftigkeit und Reaktion versus Prävention und Aktion

Im Rahmen einer präventiven Strukturpolitik, wie sie für die IRR angedacht ist, wird ein weiterer und in seiner Konsequenz sehr deutlicher Unterschied zu einer konventionellen Strukturpolitik deutlich: dieser bezieht sich vor allem auf die Beteiligung der übergeordneten Raumebene, in dem konkreten Fall das Land NRW. Denn es ergibt sich ein Dilemma dergestalt, dass sich Strukturpolitik traditionell aus einem regionalen Status quo begründet, z.B. wurden strukturschwache Regionen in der Vergangenheit gefördert oder es wurden bestimmte Stärken in Regionen weiterentwickelt, weil man sich davon Wachstumsimpulse versprach. Bei der IRR geht es aber um eine präventive Intervention, das heißt, dass der Grund für ein regionalwirtschaftliches Engagement sich erst in der Zukunft zeigen und auch nur entstehen wird, wenn nicht vorher präventiv gehandelt wird. Dies ist grundsätzlich die Herausforderung von Prävention, denn wenn erfolgreich präventiv gehandelt wird, wird sich das Risiko, das vorher heraufbeschworen wurde, nicht materialisieren. Hinzu kommt im Falle der IRR, dass wir hier von einem langen Zeitraum sprechen und sich die Frage stellt, ob sich in unserem politischen System eine hinreichende Kontinuität für einen solchen Prozess gewährleisten lässt. Wird die Politik auch noch nach fünf Jahren bereit sein, einen Strukturwandel in einer Region zu finanzieren, die von den sozioökonomischen Daten her nicht bedürftig ist, zu Lasten der dann aktuellen strukturschwachen Region?

Durch die mutige Entscheidung der Region und des Landes NRW, sich frühzeitig einem anstehenden Strukturwandel zu stellen, erhält die Region die Möglichkeit, sich mit vergleichsweise

geringen sozioökonomischen Verwerfungen anzupassen, sich gleichzeitig als Region zu konstituieren und mit neuen Themen wahrgenommen zu werden. Dies bietet den Regionalwissenschaften die Chance zu lernen, wie frühzeitig und perspektivisch ein Strukturwandel organisiert werden kann.

## Literatur

- Bickenbach, F./Bode, E./Dohse, D./Hanley, A./Schweickert, R. (2009): Adjustment After the Crisis – Will the Financial Sector Shrink and Entrepreneurship Boom? Institut für Weltwirtschaft Kiel. (Kiel Policy Brief, 12).
- Brezis, E.S./Krugmann, P.R./Tsiddon, D. (1993): Leapfrogging in International Competition. A Theory of Cycles in National Technological Leadership. In: *The American economic review* (Vol. 83, No. 5): 1211–1219.
- Dybe, G. (2003): Regionaler wirtschaftlicher Wandel. Die Sicht der evolutionären Ökonomie und der „Neuen Wachstumstheorie“. Münster; Hamburg; London.
- Frey, R.L./Zimmermann, H. (2005): Neue Rahmenbedingungen für die Raumordnung als Chance für marktwirtschaftliche Instrumente. In: *disP* (2/2005): 5-18.
- Fujita, M./Krugman, P./Venables, A. (1999): *The Spatial Economy. Cities Regions and International Trade*. London.
- Gerling, K./Schmidt, K.-D. (2000): Zur Arbeitsteilung zwischen Regionen: Das nordöstliche Brandenburg aus der Sicht der regionalökonomischen Theorie. Kieler Arbeitspapier Nr. 965.
- Grabher, G. (1990): On the Weakness of Strong Ties. The Ambivalent Role of Inter-Firm Relations in the Decline and Reorganization of the Ruhr. Discussion paper FS I 90-4. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Berlin.
- Granovetter, M. (1973): The strength of weak ties. In: *The American journal of sociology* (Volume 78, No. 6): 1360-1380.
- IRR (2014): *Presseinformation 004/2014. Zukunftsinitiative für das Rheinische Revier: Gründung der IRR GmbH beschlossen.*  
[http://rheinischesrevier.de/fileadmin/user\\_upload/Pressemeldungen/2014\\_03\\_07\\_IRR\\_Presse.pdf](http://rheinischesrevier.de/fileadmin/user_upload/Pressemeldungen/2014_03_07_IRR_Presse.pdf) (letzter Zugriff: 07.03.2014)
- Knieling, J. (2011): Metropolitan Networking in the Western Baltic Sea. Region: Metropolitan Region of Hamburg between Multilevel Governance and soft Spatial Development. In: Herrschel, T./Tallberg, P. (Hrsg.): *Role of Regions? Networks, Scale, Territory*. Sweden: 195–213.
- Krätke, S./Scheuplein, C. (2001): Produktionscluster in Ostdeutschland. Methoden der Identifizierung und Analyse. Hamburg.
- Kunz, D. (1987): Die Nord-Süd-Drift. Über die Ursachen von Bevölkerungsbewegungen und der Verlagerung der Erwerbstätigkeit in der Bundesrepublik. In: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hg.): *Nord-Süd in Deutschland? Vorurteile und Tatsachen*. Stuttgart: 121-137.

**Autor:** [Dr. Stefan Gärtner](#) leitet den Forschungsschwerpunkt Raumkapital am Institut Arbeit und Technik.

Kontakt: [gaertner@iat.eu](mailto:gaertner@iat.eu)

### **Forschung Aktuell 2014-10**

ISSN 1866 – 0835

Institut Arbeit und Technik der

Westfälischen Hochschule Gelsenkirchen – Bocholt – Recklinghausen

Redaktionsschluss: 02.10.2014

[http://www.iat.eu/index.php?article\\_id=91&clang=0](http://www.iat.eu/index.php?article_id=91&clang=0)

### **Redaktion**

Claudia Braczko

Tel.: 0209 - 1707 176

Institut Arbeit und Technik

Fax: 0209 - 1707 110

Munscheidstr. 14

E-Mail: [braczko@iat.eu](mailto:braczko@iat.eu)

45886 Gelsenkirchen

IAT im Internet: <http://www.iat.eu>